

Die Ostmark ist wertloser geworden!

Kaufkraft-Überhang bleibt, Bevölkerung trägt den Schaden

Wenn diese Woche vorüber ist, werden Hunderttausende von Sowjetzonen-Bewohnern ihre Ersparnisse verloren haben. Denn das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die kommunistische Finanzpolitik und der riesige Kaufkraft-Überhang haben die Betroffenen veranlaßt, ihre Ersparnisse nicht auf die Bank zu tragen. Ganz abgesehen davon, daß bei dem spontanen Warenangebot der Zone der Bürger gezwungen ist, ständig größere Bargeldsummen aufzubewahren, um eine seit langem fällige Anschaffung größerer Kaufobjekte in dem Augenblick tätigen zu können, in dem diese Objekte greifbar sind. Sind dies also die „Schieber und Spekulanten“, von deren Schädigung jetzt die SED-Zeitungen sprechen, oder liegt hier nicht vielmehr ein sorgsam vorbereiteter Betrug an der eigenen Bevölkerung vor?

Die ganze Aktion ist ein finanzpolitischer Staatsstreich, wie er im Westen Deutschlands einfach unmöglich wäre. Von einem Tag auf den anderen werden sämtliche Banknoten eines Währungsgebietes in einem Umfang umgetauscht, der keineswegs dem realen Bargeldumlauf entspricht.

Keine Ware = Geld weg!

Der einzig normale Weg, um einen Kaufkraftüberhang zu beseitigen, wäre der eines den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Warenangebotes. Durch zwei Fünfjahrpläne hat die SED ein solches Warenangebot versprochen. Die Leute haben ihr Geld parat gehalten für den Tag, an dem die Ware, die sie suchten, im Schaufenster des nächsten HO-Kaufhauses zu sehen wäre. Nicht jeder hat sich dazu ein Bankkonto angelegt. Jetzt bleibt das Schaufenster leer, aber das Geld ist gleichfalls weg!

Auch so kann man ökonomische Probleme lösen, wenn auch auf eine nicht gerade soziale Art. Erstaunlich ist, daß erst ein „Arbeiter- und Bauernstaat“ auf diese Idee kommen mußte. Wo aber sind nun die „Schieber und Spekulanten“, die angeblich geschädigt wurden? Gemeint sind offenkundig jene Westberliner Geschäftsleute, die

westliche Waren an Ostbewohner gegen Ostgeld verkauften, um das währungsfremde Geld einen Tag später in die Wechselstuben zu tragen. Die Wechselstuben wiederum sind aus dem Bedürfnis der Zonenbevölkerung nach in der Zone nicht erhältlichen „Massenbedarfsgütern“ und Lebensmitteln entstanden. Hätte es sie nicht gegeben, würde kein Westberliner Kaufmann einem Ostbewohner auch nur einen Schnürsenkel verkaufen können. Ist er darum ein Spekulant, weil er es doch tat?

Das Vertrauen ist erschüttert

Hand aufs Herz: Welcher Zonenbewohner hat sich bis zum heutigen Tage — aus echtem Bedürfnis! — noch keine Waren aus dem Westen geholt oder holen lassen? Und wie würden diese Leute über einen Westberliner Kaufmann denken, der ihnen erklärt hätte: „An Ostbewohner verkaufe ich nichts!“ An jenem Sonnabend vor dem großen Währungsbeitrag der SED haben Zehntausende von Sowjetzonenbewohnern und Ostberlinern ihre Einkäufe in Westberliner Geschäften getätigt. Im Vertrauen auf die Stabilität der Ost-Währung

nahmen sie das ihnen dafür angebotene Ostgeld an. Am Montagmorgen war das in ihren Kassen befindliche Ostgeld wertlos geworden! Kleine Geschäftsleute waren auf westlicher Seite die Opfer der kommunistischen „Geldreform“. Die Wechselstuben, die meist mit großen Banken zusammenarbeiten, konnten den für sie wenig erheblichen Verlust verschmerzen.

Jeder ist geschädigt

Fest steht, daß jeder, der am 13. Oktober Ostgeld außerhalb des Ost-Währungsgebietes besaß — eine durchaus natürliche Sache, die keinesfalls gesetzwidrig ist — in einer international einmaligen Form geschädigt wurde. Man stelle sich das mit dem Dollar, dem Pfund oder der Westmark vor! Undenkbar, daß so etwas geschehen könnte! Diese Währungen sind — wie man sagt — „Gold wert“. Die Ostmark dagegen erwies sich am 13. Oktober als ein Fetzen Papier...

Was nützt das Papier

Die Folgen wird die SED spüren. Ihre Notenbank-Funktionäre haben sich gewaltig verkalkuliert. Sie haben um eines billigen Effekts willen das leidliche Vertrauen, daß man in die Ostmark besaß, endgültig aufs Spiel gesetzt und verloren gegeben. Der Kaufkraftüberhang aber, von dem die SED nicht gerne spricht, wurde dadurch nicht beseitigt. Mit jedem Lohn- und Gehaltstag wird er aufs neue wachsen. Denn was nützt das schönste — nunmehr andersfarbige Papier — wenn es dafür nichts zu kaufen gibt...?

Geschäft mit der Angst

DT. Der 13. Oktober 1957 wird der Bevölkerung der Sowjetzone als ein Tag des Zorns in Erinnerung bleiben. Die Machthaber von Pankow haben sich an diesem Sonntag nicht geschämt, einen Teil des von ihrer eigenen Notenbank herausgegebenen und verbürgten Geldes in wertloses Papier zu verwandeln. Sie haben die plötzliche Geldumtauschaktion zu einem neuen, brutalen Enteignungsakt benutzt, von dem vor allem die sowjetzonale Bevölkerung getroffen wurde. Die fadenscheinige Begründung, daß der westdeutsche und Westberliner Besitz von Ostmark entwertet und damit ein Schlag gegen westliche „Agenten und Spekulanten“ geführt werden soll, glaubt ihnen niemand. Wer hätte sich schon im Westen einen Sport daraus gemacht, ausgerechnet Ostmark in größeren Mengen zu hamstern in einem Augenblick, in dem die Westmark international als eine der begehrtesten und stabilsten Währungen gilt und in dem ganz Ängstliche sich an jedem Bankschalter zu normalen Preisen mit Geld eindecken können.

Selbstverständlich werden auch im Westen überall dort einige Verluste entstehen, wo Kassenbestände an Ostmark gehalten werden mußten. Sie waren nötig, um die Grenzgänger zu entschädigen und der sowjetzonalen Bevölkerung jene Waren in Westberlin anzubieten, die von der sowjetzonalen Wirtschaft selbst 12 Jahre nach Kriegsende in solcher Qualität nicht geliefert werden können. Selbst volkseigene Betriebe haben von diesen Einkaufsmöglichkeiten in Westberlin heimlich Gebrauch gemacht, wenn es galt, einen Engpaß zu überwinden. Übrigens weiß jeder Sachverständige der Währungspolitik, daß die westlichen Bestände an Ostmark wenig fluktuierten und im Vergleich zu den 5,7 Milliarden des sowjetzonalen Bargeldumschlusses mengenmäßig keine Rolle spielten, selbst wenn einmal jemand auf den völlig fernliegenden Gedanken gekommen wäre,

sie als Störungsfaktor einzusetzen.

Offen bleibt die Frage, ob nicht an den Ostgrenzen der Sowjetzone in zunehmendem Umfang in den letzten Monaten undurchsichtige Geldtransaktionen stattgefunden haben. Es ist durchaus denkbar, daß dort andere Satellitenländer bei ihrem stark steigenden Preisniveau an der Ostmark ein von Pankow nicht gern gesehenes Interesse genommen haben, das ihnen durch die rigorosen Umtauschbestimmungen abgewöhnt werden soll.

Völlig klar ist aber, daß der Geldumtausch von den SED-Funktionären in erster Linie als Mittel gedacht ist, um die sowjetzonale Wirtschaft noch enger als bisher an die Kandare zu nehmen. Gewisse Bargeldbestände bei Sowjetzonenbetrieben haben es ermöglicht, daß neben dem offiziellen Bereich der Planwirtschaft eine Art „grauer Markt“ entstand, der überall da aushelfen konnte, wo die offiziellen Kanäle versagten. Wiederum haben auch VE-Betriebe diese „krummen“ Wege nicht gescheut. Möglicherweise haben es die Planer und Funktionäre mit der Angst bekommen, daß dieser durchaus nützliche „graue Markt“, der manche Panne verhindert hat, ihnen über den Kopf wachsen könnte. Sie werden sich künftig wundern, wie die Störungen zunehmen werden, wenn dieser graue Markt aus Mangel an Bargeldreserven wieder in einen primitiven Naturaltausch absinken wird.

Unerhört ist allerdings, daß dieser Versuch der Funktionäre, ihre Kontrollen zu verstärken, mit einer neuen Entgeignung, einem nochmaligen Währungsschnitt verbunden wird. Das geht aus den Bestimmungen hervor, wonach nur 300 Mark je Person 1:1 umgetauscht, die darüber hinausgehenden Beträge jedoch einem Konto gutgeschrieben werden. Eine Kommission soll dann in acht Tagen unwiderruflich entscheiden, ob diese Mittel etwa aus Spekulationen stammen und deshalb enteignet werden.

Machen wir uns doch nichts vor: dieses Terrorregime hat schon so viel Unrechtstaten willkürlich begangen, daß die Bewohner der Sowjetzone stän-

dig mit neuen unberechenbaren Willkürakten rechnen mußten. Niemand ist es daher zu verdenken, wenn er bemüht war, durch das Sparen im Strumpf aus legalen Einnahmen einen kleinen Fonds anzusammeln, auf den er im Notfall zurückgreifen konnte. Selbst alte Mütterchen haben dies getan. Solche „Hamsterbestände“, die es übrigens mehr oder weniger in jeder Volkswirtschaft gibt, können für den von den sowjetzonalen Finanzgewaltigen so gefürchteten „Übergang an Kaufkraft“ nicht verantwortlich gemacht werden: Im Gegenteil, sie wirken antiinflationistisch, weil solche Bargeldsparer ja darauf verzichten, zunächst ihren legal erworbenen Anspruch auf Teile des Sozialprodukts geltend zu machen. Jetzt sind diese Bargeldsparer aber den willkürlichen Entscheidungen der Kommissionen preisgegeben. Viele unter ihnen haben es allerdings gar nicht erst gewagt, den gesamten Bargeldbetrag abzugeben und auf einem Konto gutschreiben zu lassen, weil sie aus Erfahrung Angst haben mußten, daß ihnen dieses Sparen in dem Unrechtsstaat als Sabotage ausgelegt und mit der völligen Zerstörung ihrer Existenzbasis geahndet wird. Übrigens hält sich die Legende, daß nur 300 Ostmark je Person Bargeldbesitz in der Sowjetzone erlaubt gewesen sei. Das stimmt nicht; eine solche vor der Währungsreform erlassene Verordnung gilt seit Jahren nicht mehr. Wer mehr an Bargeld besaß und es sich gutschreiben ließ, hat Jarum Aussicht, der Entgeignung zu entgehen, wenn er die legale Herkunft des Geldes glaubhaft machen kann. Es muß allerdings abgewartet werden, wie die Kommissionen das „Strumpfsparen“ beurteilen werden.

Die westliche Welt aber ist erschüttert, daß die sowjetzonalen Machthaber durch diesen Währungsschnitt gerade bei den Personen nochmals Hunderter von Millionen profitieren wollen, die sie vorher durch Unrecht und Terror besonders stark verschüchtert haben. Der letzte Rettungsanker, eine kleine Bargeldsumme, droht diesen vom Kommunismus Getretenen jetzt auch noch verlorenzugehen.

Auftakt des neuen Bundestages

Berlin (Eigenbericht). In der Kongreßhalle, in unmittelbarer Nähe der Reichstagsruine und des Brandenburger Tors, hat sich der dritte Deutsche Bundestag konstituiert. Zum Bundestagspräsidenten wurde auf Vorschlag der CDU wiederum Dr. Eugen Gerstenmaier gewählt. Er erhielt 437 von insgesamt 494 abgegebenen Stimmen. Gegen Gerstenmaier stimmten 54 Abgeordnete, drei Stimmen waren ungültig. Zu Vizepräsidenten wählte der Bundestag Prof. Carlo Schmid (SPD), Dr. Richard Jäger (CDU) und Dr. Max Becker (FDP).

Unmittelbar nach seiner Wahl setzte sich Gerstenmaier, von den Abgeordneten aller Fraktionen lebhaft begrüßt, in seiner programmatischen Antrittsrede dafür ein, die Gesetzgebung einzudämmen. Die Arbeit des neuen Bundestages beginne in Deutschlands Hauptstadt. „Gebe Gott, daß wir sie hier im geeinten und bedrieten Vaterland vollenden.“

Vor der Kongreßhalle hatte sich im Nebeldunst des Oktobertages eine große Menschenmenge eingefunden, die die Anfahrt der Abgeordneten und der Bundesminister beobachtete. In der Halle bot das modern gehaltene Auditorium ein festliches Bild. An der Stirnwand war auf weißem Untergrund ein stilisierter Bundesadler angebracht (Bild Seite 8). Links neben dem Präsidium hing am Mast die schwarzrotgoldene Fahne aus dem Plenarsaal in Bonn. In der ersten Reihe hatten die Vorstände der Fraktionen sowie die Mitglieder der Bundesregierung Platz genommen. Unmittelbar dem Rednerpult gegenüber saßen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Dr. Krone. Rechts von ihnen sah man in den Reihen der SPD Ollenhauer und Mellies sowie auf der linken Seite Dr. Maier (FDP) und Schneider (DP). An der Sitzung nahmen auch die

Vertreter des Bundesrates, des Diplomatischen Korps und viele Ehrengäste teil, unter ihnen eine Delegation von sieben Mitgliedern des britischen Unterhauses. Die zahlreichen Kameras der Wochenschauen und des Fernsehens richteten sich auf Frau Dr. Lüders, die als Alterspräsidentin die Sitzung eröffnete.

Fast der alte Wechselkurs

450 Ostmark für 100 Westmark

Berlin (DPA). Die Berliner Wechselstuben haben zum ersten Male nach der Umtauschaktion wieder einen Wechselkurs bekanntgegeben. Sie werden nach Maßgabe der vorhandenen Bestände 450 Ostmark für 100 Westmark kaufen und 100 Ostmark für 23,60 Westmark verkaufen.

Maßnahmen gegen 160 000

Berlin (DPA). Die Pankower Regierung plant „scharfe Maßnahmen“ im Zusammenhang mit der Währungsumstellung gegen etwa 160 000 Menschen in der Sowjetzone. Dies geht aus einem Gespräch hervor, das über dieses Thema über das Fernsehprogramm des Sowjetzonenrundfunks lief.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Oberst Dünöw (SED) vom Pankower Innenministerium teilte mit, daß fast 17 000 Menschen unter dem Verdacht der „Spekulation“ von der Volkspolizei bereits zwangsgestellt seien. Gegen 199 von ihnen habe man das Ermittlungsverfahren eingeleitet. 116 seien festgenommen worden. Insgesamt werde es notwendig sein, „etwa 1 Prozent“ der etwa 16 Millionen Menschen zählenden Sowjetzonenbevölkerung „scharf anzupacken“.

In dem Gespräch vertrat der Pankower Finanzminister Rumpf (SED) die Ansicht, durch die Währungsumstellung sei ein Ostmarkumlauf in Westberlin und der Bundesrepublik von mehr als einer Milliarde D-Mark betroffen worden.

Nach der Versicherung, die Mehrzahl der Einwohner der Sowjetzone habe nicht spekuliert und keine überhöhten Beiträge eingezahlt, beteuerten die Gesprächsteilnehmer im Fernsehfunk, auch die „Strumpfsparer“ brauchten nicht mit einer Einbuße zu rechnen, falls sie ihr Geld ehrlich erworben hätten. Es bestehe keinerlei Verpflichtung, Bargeld-Bestände von mehr als 300 DM bei Banken oder Sparkassen einzuzahlen. Allerdings müßten Rentner mit „Schäden“ rechnen, falls sie ohne zusätzliche Einkünfte über ungewöhnlich hohe Summen verfügt hätten.

Türkei warnt vor Aggressionen

Ankara (AP). Der türkische Verteidigungsminister Semi Ergin hat anlässlich der Grundsteinlegung für eine neue Kaserne nachdrücklich vor einem Angriff auf die Türkei gewarnt. Er erklärte, 25 Millionen Türken würden es sich im Falle eines solchen Angriffes zur Ehre anrechnen, für ihr Land zu sterben. Nicht nur mit seiner Armee, sondern mit „Zähnen und Nägeln“ werde das

türkische Volk einem Aggressor entgegengetreten.

Amman (DPA). Der Militärgouverneur von Jordanien hat ein Dekret erlassen, durch das das Führen von Waffen und der Besitz von Sprengstoffen in Jordanien unter Todesstrafe gestellt wird. Das Dekret wurde erlassen, nachdem es in letzter Zeit wiederholt zu Bombenanschlägen gekommen war.

Titos Taktik

DT. Das Vorgehen Belgrads, d. h. die diplomatische Anerkennung Pankows, entspringt offensichtlich sorgfältiger Überlegung. Der jugoslawische Botschafter in Bonn konnte seine Ankündigung in unmittelbarem Auftrage von Marschall Tito vollziehen. Überdies war Bonn ja vorgewarnt, denn vor fast genau vier Wochen bestätigte der jugoslawische Staatsführer die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze, und wie man hört, hielt er es nicht einmal für nötig, die sofort eingeleitete Bonner Rückfrage offiziell zu beantworten. Das gemeinsame polnisch-jugoslawische Kommuniqué, das diese Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze enthielt, war ein Gastgeschenk auf deutsche Kosten an den polnischen Parteichef Gomulka, der in diesen Tagen Belgrad besuchte. Die diplomatische De-jure-Anerkennung des SED-Regimes vollzieht sich, während der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Schukow, Jugoslawien besucht und mit Tito geheime Besprechungen führt und gemeinsame Jagdausflüge in die dalmatinischen Berge unternimmt. Also wieder ein Gastgeschenk auf deutsche Kosten. Wenn die jugoslawische Regierung in gleichem Atem verbreiten läßt, sie hoffe, die Beziehungen zwischen Belgrad und Bonn würden sich durch den jetzt angekündigten Schritt nicht verschlechtern und sie schätze es sehr, den intensiven Wirtschaftsverkehr mit der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten, dann klingt das wie gespielte Nivität. Im übrigen, Jugoslawien vergaß in diesem Zusammenhang mitzuteilen, daß es einer der Erfolge (auch im jugoslawischen Sinne) des jüngst verstorbenen deutschen Botschafters Dr. Pfeleiderer war, wenn Belgrad eine sehr vorteilhaft laufende Wiedergutmachungszahlung aus den Bonner Kassen erhält.

Es wird eines großen Ausmaßes kaltblütiger Überlegung und nüchterner Einschätzung des eigenen politischen Gewichtes bedürfen, wenn die amtierende Bundesregierung heute außer einer selbstverständlich scharfen und bedauernden Erklärung noch keine unmittel-

baren Konsequenzen für das deutsch-jugoslawische Verhältnis ankündigen sollte. Um so mehr, als bis jetzt ein erklärter politischer Grundsatz Bonns alle Länder, die Pankow und damit die erzwungene deutsche Spaltung anerkennen, damit bedroht, daß bestehende diplomatische Beziehungen abgebrochen werden oder neue erst gar nicht beginnen können.

Der einstige Rebell Tito, den Stalin aus dem kommunistischen Lager ausschloß, suchte und fand zumindest Hilfe im kapitalistischen Westen. Tito scheint nicht zu befürchten, daß seine seit Monaten deutliche Rückwendung nach Osten ihm und seinem Lande empfindliche Schwierigkeiten bereiten wird. Woher er diese Sicherheit nimmt, weiß man noch nicht. Jedenfalls ist seine Taktik jetzt darauf abgestellt, eine Einheit der „sozialistischen Welt“ zu demonstrieren, die selbst seine bekannte Abneigung

gegen alte Stalinisten wie Ulbricht überspringt. Seit seinem geheimnisvollen Treffen mit dem sowjetischen Parteisekretär Chruschtschow Anfang September an einem unbekanntem Ort in Rumänien zeigt Titos Politik eine östliche Schlagseite. Vor vier Wochen unterstützte er Gomulka, jetzt indirekt Chruschtschow, der mit seinem Besuch bei Ulbricht für den gesamten kommunistischen Bereich ein deutliches Signal gab, wie wichtig ihm diese stalinistische Kreatur in Deutschland ist. Das läßt Rückschlüsse auf Chruschtschows unterirdischen Kampf mit einer immer noch bestehenden stalinistischen Opposition in der Sowjetunion zu.

Die Bundesregierung wird nunmehr durch ihre Haltung gegenüber Jugoslawien den Anspruch verteidigen müssen, der einzig legitime Sprecher des deutschen Volkes zu sein. Eine bei allen Deutschen unbestrittene, aber im internationalen Bereich offenbar immer schwieriger werdende Position.

Erster US-Satellit im Dezember

Zu Verhandlungen mit Moskau bereit

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower teilte auf einer Pressekonferenz mit, daß die USA ihren ersten Versuchssatelliten im Dezember und den ersten Meßsatelliten im März 1958 starten werden. Er versicherte der amerikanischen Bevölkerung, daß sie keinen Grund habe, wegen des Starts des sowjetischen Satelliten über die Sicherheit des Landes besorgt zu sein. Gleichzeitig bekräftigte er die Bereitschaft seiner Regierung, mit Zustimmung der Verbündeten Amerikas auch außerhalb der Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion auf multilateraler Grundlage über eine internationale Kontrolle von Erdsatelliten und Weltraumgeschossen zu verhandeln.

Die Pressekonferenz Eisenhowers war fast ausschließlich der Satellitenfrage gewidmet. Der Präsident versuchte dabei an Hand einer vorbereiteten, aber nicht verlesenen Erklärung, die in Amerika laut gewordene Befürchtung zu zerstreuen, daß die USA in der Raketentechnik und in dem Satellitenprojekt gegenüber der Sowjetunion ins

Hintertreffen geraten seien. Er betonte, daß die Entwicklungsprogramme für ballistische Fernraketen und für das Satellitenprojekt stets voneinander getrennt gewesen seien; ihre Zusammenlegung hätte es zwar erlaubt, noch vor den Sowjets einen Satelliten abzuschließen, aber dies hätte sich dann zum Schaden des militärischen Raketenprojektes ausgewirkt. Der Stand des Satellitenprojekts könne nicht als Maßstab für die Fortschritte des Raketenprojekts genommen werden, das nach wie vor unbedingten Vorrang habe.

Eisenhower beglückwünschte die sowjetischen Wissenschaftler zu ihrem Erfolg, bestritt aber, daß der sowjetische Erdsatellit schon heute für die Überwachung anderer Länder eingesetzt werden könne oder die Möglichkeit zur Errichtung einer Raumstation zum Abschluß von Raketen biete. Er wies ferner die Behauptung Chruschtschows zurück, daß durch die Entwicklung der Raketen und Satelliten alle Kampfflugzeuge museumsreif seien.

So sind sie wirklich:

„Finanzpolitik ist furchtbar einfach ...“

Im Sommer 1948 machte in Osterlin ein SED-Funktionär von sich reden, der von überall her eine Reihe Genossen holte, um sie als Treuhänder enteigneter Privatbetriebe einzusetzen. Die Mehrzahl dieser Leute hatte bis zu jenem Tage das Wort Bilanz für irgend etwas Unanständiges gehalten. Einige waren so ehrlich, dies zuzugeben. Willy Rumpf, damals frischgebackener Treuhandverwalter des Ostberliner Magistrats, wußte sie zu trösten: „Das ist alles furchtbar einfach, Leute, bis vor kurzem habe ich davon auch noch nichts gewußt ...“

Das war zwar etwas selbstgefällig übertrieben, denn jener Willy Rumpf besaß zu diesem Zeitpunkt eine solide finanzpolitische Halbbildung. Aber er pflegte einen ausgesprochenen Haß gegen alle „Spezialisten“, und es bereitete ihm diabolisches Vergnügen, den nicht-kommunistischen Fachleuten jeweils einen absoluten, aber parteitreuen Laien vor die Nase zu setzen. Die Erfolge dieser Methode waren, zugegeben, nicht immer überwältigend. „Aber“, — pflegte Willy Rumpf zu sagen, „Laien haben oft viel bessere Ideen!“

Vertreter und Revolutionär

Er selbst, heute 54 Jahre alt, ist Berliner. Sohn eines Metallarbeiters, lernte er bei einer Bank, um nach zwei Jahren Lehrzeit selbständiger Versicherungsvertreter zu werden. Da die Leute dem 17jährigen kein großes kaufmännisches Vertrauen entgegenbrachten, wurde er revolutionär und ging als Kassierer zum Kommunistischen Jugendverband (KJV), der ihn bis 1924 zum Jugendsekretär Ostsachsens avancieren ließ. Hier hatte er die entscheidenden Begegnungen mit Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck, die ihn nach 1945 auf die Leiter des Erfolges hoben.

In der KPD, der Rumpf seit 1925 angehört, brachte er es bis zum Bezirksverordneten in Berlin. Die im Februar 1933 flüchtende Parteileitung vergaß ihn

WILLY RUMPF

mitzunehmen. So durchwanderte Rumpf ein Dutzend Gefängnisse, landete im KZ, und durfte schließlich in einem Rüstungsbetrieb als Werkstatt-schreiber arbeiten.

„Was machen wir mit dem?“

1945 trat Willy Rumpf wieder in die KPD ein, wurde Ostberliner Stadtverordneter, und bekam verschiedene Pfründe im Ostmagistrat. Man schob ihn anfangs von einem Posten auf den anderen, und bekannt geworden ist jener Entsetzenschrei Fred Oelssners bei der Neuverteilung der Magistratsposten nach der Spaltung der Stadt: „Meine Güte, der Rumpf Willy ist auch noch ja! Was machen wir bloß mit dem?“

Zu diesem Zeitpunkt waren die „Treuhand“-Verhältnisse in Ostberlin recht verworren. Denn so redliche Mühe sich Rumpf geben mochte: Nur mit Laien läßt sich nicht einmal eine Grünkramhändlers-Ladenkasse kontrollieren. Und die Massenverhaftungen, die dann unter den von Rumpf geworbenen „Treuhandern“ einsetzten, hatte dieser durch seine Leichtfertigkeit eigentlich ein wenig mitverschuldet. . .

Oelssner, der auf Ulbrichts Ratschlag hören mußte, machte Willy Rumpf dann 1949 zum Leiter der Abteilung Finanzen in der damaligen „Deutschen Wirtschaftskommission“, aus der dann das spätere „DDR“-Finanzministerium geboren wurde. Immerhin setzte man jetzt als Minister einen LDP-Mann ein, Dr. Loch wurde Chef, und Rumpf — Staatssekretär. Wobei jedes Laufmädchen im Ministerium wußte, daß der Staatssekretär mehr zu sagen hat als der Minister.

„Haben Sie 'ne Ahnung davon ...?“

Es gibt eine Unzahl netter Anekdoten aus dieser Zeit, die jede Ministeriums-Stenotypistin

schmunzelnd zu berichten wußte. Jeder kannte das Bild des jovialen kleinen Staatssekretärs, der leutselig die Türen zu irgendeinem Sachbearbeiterzimmer aufriß und zerstreut fragte: „Hier is wieder mal son Schrieb! Haben Sie 'ne Ahnung davon?“

Es wäre falsch, Rumpf deshalb für dumm zu halten. Es gibt ernsthafte Leute, die diesen Mann als überaus intelligent taxieren. Nur hält er nichts von der Finanzpolitik; „Sie ist furchtbar einfach, wenn man nicht so nahe herangeht!“ Rumpf arbeitet, wie sein Minister Loch einmal sagte, mit „Nase und Gefühl“. Er hat einen „Riecher“ für Überraschungseffekte und einen Widerwillen gegen einengende Gesetze. Seit November 1955, nach der sang- und klanglosen Ausbootung Lochs, ist Rumpf Minister. Daneben ist er Mitglied des obersten „Wirtschaftsrates der DDR“ und Kandidat des Zentralkomitees der SED. Unzweifelhaft ist der jetzige Währungsschnitt auch seinem Hirn entsprungen. Wüßte man nicht, daß auch sowjetische und andere Stellen daran beteiligt waren, könnte man ihm allein dafür den Ruhm in Rechnung stellen: Das Finanzmanöver vom 13. Oktober paßt zu Willy Rumpf wie der Spitzbart zum Haupt des 1. Sekretärs! Eine „furchtbar einfache Maßnahme“, auf die wahrhaftig kein „Spezialist“ gekommen wäre.

Nur, daß eben diese „furchtbar einfachen Sachen“ nicht immer die richtigen sind. Manchmal gehen sie auch ins Auge. Aber das merkt Willy Rumpf erst später, und wenn es ihm dann komisch vorkommt, fragt er einen seiner Referenten: „Sagene mal, stimmt das was nicht? Dann biegen Sie die Sache mal wieder grade!“ So einfach ist das, Finanzminister zu sein. . . .

„Sputnik“, SED und Propaganda...

Was hat die Zonenpartei mit dem Erdsatelliten zu tun?

Seit der sowjetische Erdsatellit sein „tüt-tüt“ herunterpfeift, scheinen einige SED-Funktionäre um Zentimeter gewachsen zu sein. Und den Kennern technischer Zusammenhänge bleibt beim Lesen sowjetzonalen Zeitungen nur noch Grund zu heiterem Schmunzeln. Denn — bei aller Anerkennung wissenschaftlicher Leistungen sowjetischer Professoren: Was hat die SED mit diesem Erdsatelliten zu tun? Ist sie an ihm in irgendeiner Form beteiligt, bzw. was kann und wird er ihr nützen?

Der „Sputnik“ selbst ist in zwischen Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Erörterungen gewesen. Den Sowjets ist innerhalb des Geophysikalischen Jahres ein Wurf gelungen, den beispielsweise amerikanische Forscher, die erst in Kürze zu diesem Experiment bereit sein werden, neidlos anerkennen. Man könnte sich darüber mokieren, daß ein Triumph der Wissenschaft nun auch in Moskau gleich wieder politisch ausgeschlachtet und mit militärischen Drohungen vergällt werden muß. Aber diese Mentalität ist schließlich nicht mehr neu und man wird sie mit dem gleichen Achselzucken hinnehmen müssen, mit dem man früher die Lomonossow-Geschichten anlässlich jeder technischen Pioniertat quitierte. Diesmal brauchen die Sowjets nicht auf jenen sagenhaften Lomonossow zurückzugreifen, um den Erfolg der anderen zu verkleinern: Ihr „Sputnik“ war der erste, niemand wird es bestreiten.

Politik und Propaganda

Welche Geste wäre es gewesen, wenn Moskau diesen Erdsatelliten ohne Politik und ohne Propaganda auf die „tüt-tüt“-Route geschickt hätte! Statt dessen wurde dazu der 40. Jahrestag der Oktoberrevolution strapaziert, und die Nah-Ost-Krise mußte durch entsprechende Raketenhinweise bereichert werden!

Hätte nun wenigstens die SED geschwiegen! Jene Partei, in deren Bereich seit zwölf Jahren keine einzige namhafte Forschungsstadt passierte. In deren Herrschaftsgebiet primitivste technische Probleme ganze Produktionen gefährden! Statt dessen mischte die SED im Falle „Sputnik“ Politik und Propaganda in so grotesker Weise, daß selbst ernsthafteste Zonenwissenschaftler peinlich berührt waren.

Man hat auf SED-Versammlungen darüber diskutiert. Die Meinungen der Bevölkerung: „Warum macht man ein solches Politikum aus einer Sache, die die Amerikaner in kürzester Frist ebenfalls haben werden, anstatt die echte technische Leistung zu würdigen und sich mit dem Ruhm dafür zu begnügen?“ Oder: „Warum soll die Tatsache, daß die Sowjetunion als erstes Land einen künstlichen Mond auf die Reise schickte, die grundsätzliche Überlegenheit des Sozialismus dokumentieren?“

Sputnik oder Auto

Die SED-Funktionäre pflegen bei diesen Fragen wesentlich ruhiger zu werden. Man könnte mit ihnen weitergehend diskutieren, etwa so: Im Mittelalter gab es Fürsten, die ließen ihre Untertanen wie Sklaven leben, um von deren Arbeitsleistung große Künstler — Bildhauer, Maler und Dichter — zu finanzieren. Sie holten sich aus aller Welt die geistigen Größen ihrer Zeit, und diese kamen, weil ihnen dieser oder jener Fürst ungeahnte Chancen bot. Auf solche Art kamen die betreffenden Herrscher in den Geruch großer Kunstmäzene, und wenn man die künstlerischen Taten ihrer Epoche nennt, dann steht der Name des jeweiligen Fürsten als der eines Mannes daneben, ohne den es solche Taten eben nicht gegeben hätte. Und keine Chronik verzeichnet den Schweiß und die Tränen der kleinen Untertanen, die das Geld für des Fürsten Mäzenatentum erschuffen mußten.

Auf die „sozialistische“ Wirklichkeit übertragen: Es ist für ein Land wie die Sowjetunion leicht, wissenschaftliche Spitzenleistungen voranzutreiben, wenn Geld, Raum, Material und Menschenleben keine Rolle spielen. Jeder Bauherr kann ein Haus vor dem seines Nachbarn erstehen lassen, wenn er das

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Vielfache an Geld, Material und Arbeitskräften einzusetzen vermag. Das schmälert die echte sowjetische Leistung keinesfalls, es rückt sie nur ins rechte Licht! Man kann 200 Millionen Menschen zu Fuß mit schlechtem Schuhwerk gehen lassen, um als erster einen Sputnik zu starten, man kann aber auch jedem seiner Bürger ein Auto geben, und der Erdsatellit dieses Landes geht dann eben ein wenig später in die Luft...

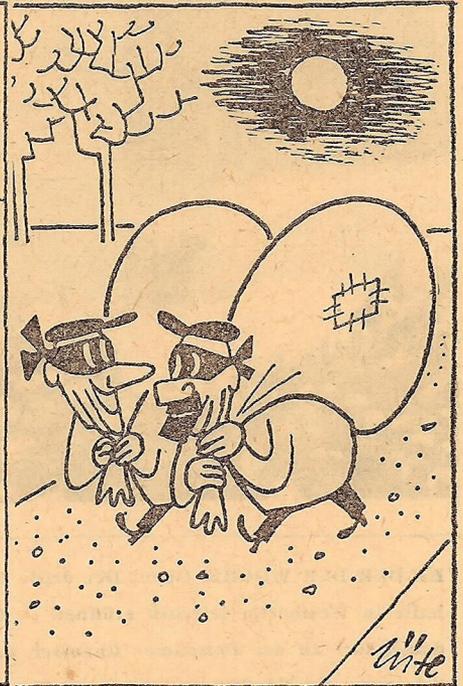
Auf Mond oder Erde?

Man hat den Amerikanern vorgeworfen, sie dächten nur an ihre chromblitzenden Straßenkreuzer und an ihre Superkühlschränke. Darum würden sie auch nie als erste auf den Mond kommen. Man kann darüber denken, wie man will, und auf dem Mond ist vorerst noch keiner angemeldet. Aber wir Menschen — leben wir auf dem Mond oder auf der Erde? Wollen wir einem Sputnik zuliebe barfuß gehen oder als „dekadente Kapitalisten“ Auto fahren? Die SED hat weder einen Sputnik, noch fahren ihre Bürger Auto. Sie sollte ruhig bleiben in dieser Grundsatzdiskussion: Ihr „Sputnik“ wäre erst einmal die Aufhebung der Lebensmittelkarten...

Tito erkennt Pankow an



Der alte Partisan

Währungsumstellung
in der Zone„Das Schöne ist, daß wir keine Angst
vor der Polizei zu haben brauchen!“

Angst und Kriechertum blühen

Die Einsicht einer SED-Zeitung — Kritik an Funktionären

Halle (DPA). Das Hallesche SED-Organ „Freiheit“ hat jetzt heftige Kritik an Parteifunktionären geübt und ihnen vorgeworfen, sie verbreiteten um sich eine „Atmosphäre der Angst und des Kriechertums“. Die kommunistische These von Kritik und Selbstkritik werde von ihnen nicht beherzigt, und unliebsame Kritiker würden gewaltsam mundtot gemacht. So sei z. B. im Volkseigenen Baubetrieb Wittenberg ein Genosse von den Funktionären als „Verräter“ wegen eines Vorschlages zur Rechenschaft gezogen worden, der zwar für den Betrieb vorteilhaft gewesen wäre, für die Funktionäre aber den Verlust von Zusatzprämien bedeutete hätte.

Berlin (Eigenmeldung). Das SED-Zentralorgan „Neues

Deutschland“ hat dem vor sieben Wochen nach dem Westen geflüchteten SED-Wissenschaftler Professor Kantorowicz vorgeworfen, er habe „moralischen Selbstmord“ begangen. Wörtlich schreibt das Blatt: „Wenn sich in unserem Staat jemand im Namen des Geistes gegen die Arbeiter- und Bauernmacht stellt, dann kann er nur auf der Seite der imperialistischen Reaktion stehen.“

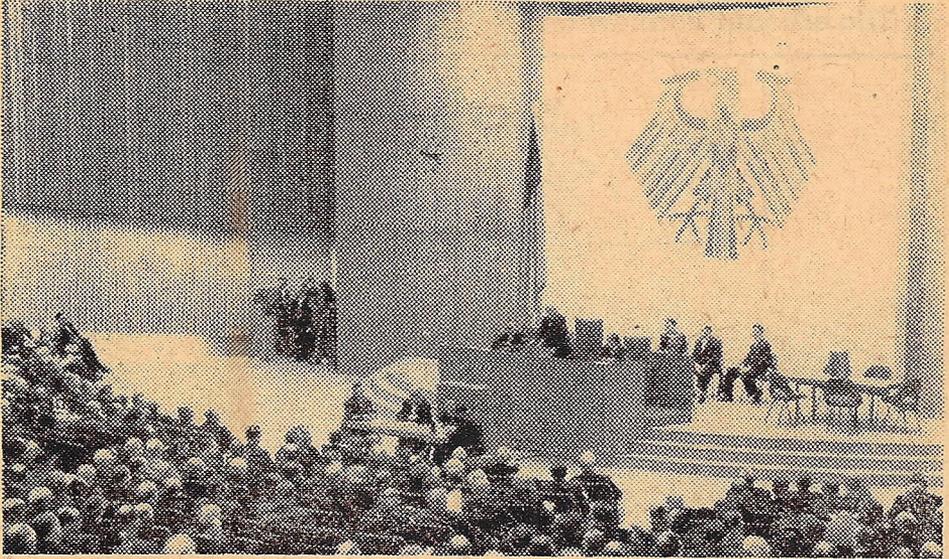
Rakete zwei Minuten
Vorsprung

Frankfurt (AP/DPA). Das amerikanische Harvard-Observatorium hat die den sowjetischen Satelliten um die Erde begleitende leere Raketenhülle

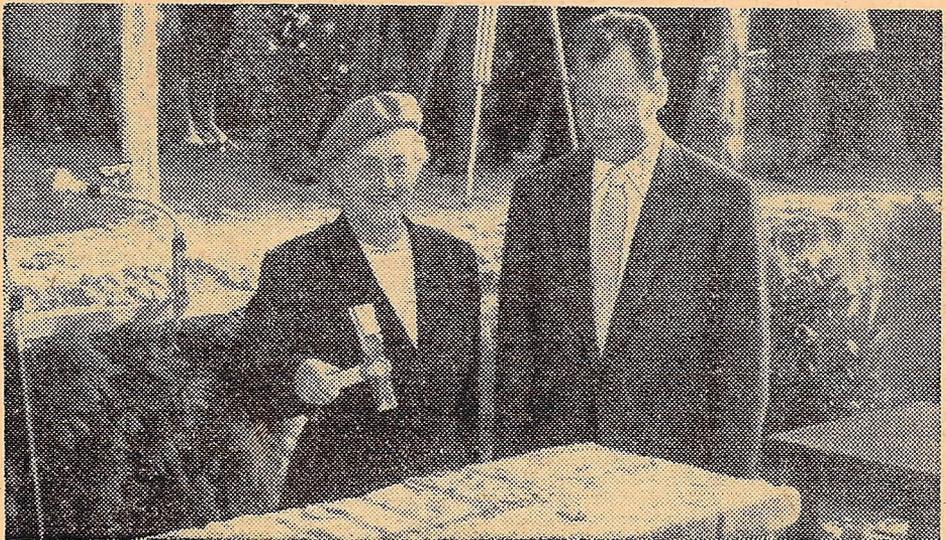
über zwei Minuten vor der angenommenen Zeit gesichtet. Das Objekt war über 4 Minuten sichtbar. Trabanten-Beobachter im Nordosten der USA berichteten, daß sie auch den viel kleineren „Sputnik“ selbst gesehen hätten.

Dulles und Lloyd
konferierten

Washington (DPA). US-Außenminister Dulles und sein britischer Kollege Lloyd trafen im amerikanischen Außenministerium zu einer Unterredung zusammen. Wenn auch vom Außenministerium keine Einzelheiten über den Inhalt der Besprechung bekanntgegeben wurden, so verlautete jedoch, daß die Staatsmänner „über eine Fülle weitreichender Probleme“ gesprochen haben.



BILDER DER WOCHE. Oben: Der dritte Deutsche Bundestag wurde in der Kongreßhalle in Westberlin feierlich eröffnet. — Unten: Grundsteinlegung für das neue Studentendorf an der Potsdamer Chaussee in Westberlin. Links: Mrs. Eleanor Dulles, die Schwester des US-Außenministers, rechts; der Regierende Bürgermeister Willy Brandt.



Ein Jahr ist vergangen —

wir haben nicht vergessen!

Wie es um ein Volk unter der Herrschaft der Kommunisten bestellt ist, das lehrte

UNGARN!

Was ein solches Volk im Kampf um seine Freiheit erdulden muß, das sehen wir an

UNGARN!

Wie die Menschen im kommunistischen Machtbereich wirklich denken, das erlebten wir in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 und in Polen beim Juni-Aufstand 1956. Die Welt weiß es seit den Tagen der Volkserhebung im Herbst 1956 in

UNGARN!

Das waren Tage, die die Welt erschütterten.

Wir werden sie nicht vergessen!

Es war ein echter

VOLKSAUFSTAND!

22. Oktober: 3000 Budapester Studenten verlassen die kommunistische Jugendorganisation aus Protest gegen die Einschränkung der Geistesfreiheit.

23. Oktober: Am Nachmittag findet vor dem Bem-Denkmal in Budapest eine Solidaritätskundgebung für Polen statt. Die Menge zerschmettert das Stalin-Denkmal. Danach demonstrieren 100 000 Budapester in den Straßen und fordern Freiheit und freie Wahlen.

24. Oktober: Sowjetische Panzer eröffnen das Feuer. Notwehr der Bevölkerung: Bewaffnete Angriffe auf sowjetische Truppen und kommunistische Parteidienststellen. Unter dem Druck der Bevölkerung wird Nagy Ministerpräsident.

25. Oktober: Im ganzen Land bilden sich Revolutionskomitees. Im ganzen Land kommt es zu Kämpfen.

26. Oktober: Kämpfe in Budapest. Das Gros der ungarischen Armee geht mit seinen Waffen zu den Aufständischen über. Jugend ist die Seele des Widerstandes. Die Freiheitskämpfer beherrschen große Gebiete von Ost-, Süd- und West-Ungarn.

27. Oktober: Die Regierung ist umgebildet. Sie führt erste demokratische Reformen durch. Die Freiheitskämpfer beherrschen die Lage.

28. Oktober: Sowjetarmee und Aufständische stehen sich Gewehr bei Fuß gegenüber. Die Sowjets versprechen Abzug ihrer Truppen.

29. Oktober: Ministerpräsident Nagy erklärt: „Es ist nicht wahr, daß das, was jetzt in Ungarn geschieht, eine Konterrevolution ist. Es ist eine echte demokratische Bewegung.“

30. Oktober: Das Leben beginnt sich zu normalisieren. Die Regierung verspricht freie Wahlen, eine demokratische Koalitionsregierung und Zulassung aller Parteien.

31. Oktober: Budapest ist die Hauptstadt eines freien Staates. Die Sowjets ziehen ab. Kardinal Mindszenty kehrt, aus der Haft befreit, zurück.

1. November: Nagy erklärt den Vereinten Nationen Ungarns Neutralität.

2. November: Während im Land wieder Freiheit und Ordnung zu herrschen beginnen, rücken erneut Sowjettruppen „zur Sicherung der russischen Staatsangehörigen“ an.

3. November: Das Versprechen der Sowjets, aus Ungarn abzuziehen, erweist sich als bewußte Täuschung, um Zeit zum Aufmarsch zu gewinnen. Der Führer der ungarischen Freiheitsarmee, General Maletier, wird während der „Verhandlungen“ heimtückisch verhaftet.

4. November: Nagy bittet die freie Welt um Hilfe. Seit den frühen Morgenstunden greifen russische Truppen Budapest und die Bevölkerung an. Die verzweifelten SOS-Rufe der Freiheitskämpfer gehen im Geschützlärm der Bolschewisten unter.

Die Sowjets vergewaltigten das ungarische Volk

Der Sonderausschuß der Vereinten Nationen, dem die Aufgabe gestellt war, über die Vorgänge in Ungarn zu berichten, äußerte sich nach vollständiger und objektiver Untersuchung u. a. folgendermaßen:

„... Was sich im Oktober und November 1956 in Ungarn ereignete, war ein spontaner nationaler Aufstand, der auf Grund lang andauernder Mißstände, die eine Verbitterung unter den Menschen hervorgerufen hatten, ausbrach.

Die These, daß der Aufstand durch reaktionäre Kreise in Ungarn geschürt wurde, und daß er seine Stärke aus diesen Kreisen und aus denen ‚westlicher Imperialisten‘ bezog, hielt der Prüfung des Ausschusses nicht stand. Die Erhebung wurde vom Anfang bis zum Ende von ungarischen Studenten, Arbeitern, Soldaten und Intellektuellen geführt, von denen viele Kommunisten oder ehemalige Kommunisten waren. Die Mehrzahl der politischen Forderungen, die während der Revolution aufgestellt wurden, enthielt die Klausel, daß der demokratische Sozialismus die Grundlage der politischen Struktur Ungarns bilden sollte, und daß solche sozialen Errungenschaften wie die Landreform bewahrt werden müßten. Zu keiner Zeit wurde die Rückkehr irgendeiner Persönlichkeit aus den Vorkriegstagen an die Macht oder in die Regierung erwogen.

Der Aufstand war nicht im voraus geplant. Alle Zeugen, die der Ausschuß befragte, sagten übereinstimmend aus, daß die Teilnehmer an dem Aufstand von den Ereignissen überrascht worden sind. Keine einzige Erklärung kann genau angeben, warum der Ausbruch gerade zu dem Zeitpunkt erfolgt ist. Die kommunistischen Sprecher, einschließlich Kádárs und der Mitglieder seiner jetzigen Regierung, haben die bitteren Beschwerden des ungarischen Volkes vor dem 23. Oktober anerkannt. Sie haben von einer ‚allgemeinen Volksbewegung‘, die durch die ‚Bitterkeit und Empörung‘ der Massen verursacht wurde, gesprochen. Zwei Faktoren scheinen diesen Groll auf den kritischen Punkt gebracht zu haben. Einmal waren es die Nachrichten von einem erfolgreichen Schritt Polens auf eine größere Unabhängigkeit von der UdSSR hin, die Ungarn am 19. Oktober erreichten. Diese Nachrichten waren vor allem die Veranlassung für die Versammlung der ungarischen Studenten am 22. Oktober. Zum zweiten war es die heftige Enttäuschung, die das Volk empfand, als Ernő Gerő, der erste Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Arbeiter- (Kommunistischen) Partei, in seiner Ansprache am Abend des 23. Oktober keine der Forderungen des Volkes anerkannte, sondern, nach dem Gefühl seiner Hörer, einen groben Ton anschlug.

Obleich es keinen Beweis für eine Vorplanung gibt, und obgleich der ganze Verlauf des Aufstandes alle Kennzeichen fortgesetzter Improvisation trägt, scheint es, als ob die sowjetischen Machthaber schon am 20. Oktober Schritte unternommen hätten, die eine bewaffnete Intervention in Ungarn ermöglichen. Von diesem Datum an gibt es Beweise über Truppenbewegungen oder über geplante Truppenbewegungen. Es scheint, daß die Aktionspläne dafür schon einige Zeit fertig waren, ehe die Studenten zusammentrafen, um ihre Forderungen zu besprechen.

Die Demonstrationen am 23. Oktober waren zuerst friedlich. Keiner der Demonstranten scheint Waffen getragen zu haben, und es ist kein Beweis dafür vorhanden, daß diejenigen, die die politischen Forderungen aussprachen oder sich den Demonstranten anschlossen, die Absicht gehabt hätten, Gewalt anzuwenden. Wenn auch die Enttäuschung über Gerös Ansprache die Menge erregt haben mag, so hätte sie allein wahrscheinlich kaum genügt, die Demonstration in einen bewaffneten Aufstand zu verwandeln. Daran war die Aktion der AVO schuld, die das Feuer auf die Menschen vor dem Rundfunkgebäude eröffnete. Innerhalb weniger Stunden traten die sowjetischen Panzer gegen die Ungarn in Aktion. Dieses Auftauchen russischer Soldaten in ihrer Mitte, die nicht als Freunde und Verbündete, sondern als Feinde zum Kampf kamen, bewirkte eine noch stärkere Einigung des Volkes ...“

Die Welt hat es nicht vergessen!

Am 14. September 1957 hat die UNO-Vollversammlung eine von 37 Staaten auf Grund des Berichtes des Ungarn-Untersuchungsausschusses eingebrachte Resolution angenommen und damit die Sowjetunion verurteilt.

Die mit Dreiviertelmehrheit angenommene Resolution fordert zugleich den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn und die Wiederherstellung demokratischer Zustände in diesem Land.

Von 80 in der UNO-Vollversammlung vertretenen Nationen hatten 60 Nationen für die Resolution gestimmt, bei 10 Stimmenthaltungen und 10 Nein-Stimmen.

Damit ist vor aller Welt klargestellt:

- 1. Die Sowjetunion unterdrückt den Willen des ungarischen Volkes**
- 2. Die Sowjetunion ist die Feindin der Freiheit**
- 3. Die Sowjetunion ist die brutalste Kolonialmacht dieses Jahrhunderts**

Die Welt wird es nicht vergessen!

BITTE teilen Sie uns mit, wo Sie dieses Flugblatt gefunden oder erhalten haben. Schreiben Sie einfach auf einer Ansichts- oder Glückwunschkarte Ihre Grüße — mit Ortsangabe! — an Herrn M. Barth, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Straße 2, II. Dann wissen wir Bescheid. Unterschreiben Sie irgendeinen Vornamen. Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe!

Ostbüro der CDU